

Germany-Stuttgart: Architectural, construction, engineering and inspection services

OJ S 60/2023 24/03/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Regierungspräsidium Stuttgart

Postal address: Ruppmannstr. 21

Town: Stuttgart

NUTS code: DE11 Stuttgart

Postal code: 70565

Country: Germany

Contact person: Regierungspräsidium Stuttgart, Ref. 53.2 Gewässer I. Ordnung, Hochwasserschutz und Gewässerökologie

E-mail: Verena.Rieger@rps.bwl.de

Telephone: +49 711-904-15309

Fax: +49 711-904-15091

Internet address(es):Main address: www.rp-stuttgart.de**I.3. Communication**The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.subreport.de/E44424575>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.subreport.de/E44424575>

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Environment

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

Rahmenvereinbarung zu Qualitätssicherung von Gewässervermessungsleistungen

II.1.2. Main CPV code

71000000 Architectural, construction, engineering and inspection services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Der Auftraggeber beabsichtigt für die Qualitätssicherung aller Prozesse der Gewässervermessung im Regierungsbezirk Stuttgart eine Rahmenvereinbarung zu schließen. Die Rahmenvereinbarung wird über 2 Jahre mit der Option auf Verlängerung über 2 weitere Jahre geschlossen. Eine bestimmte Liefer-/Leistungsmenge wird vom Auftraggeber nicht zugesichert.

Zur Vergabe der Leistungen gem. Ziff. II.1.1 wird ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach § 17 VgV durchgeführt.

Auf erläuternde Unterlagen, die von der Vergabepattform gem. Ziff. I.3 kostenfrei heruntergeladen werden können, wird verwiesen.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 340 000,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE11 Stuttgart

Main site or place of performance: Baden-Württemberg

II.2.4. Description of the procurement

Das Regierungspräsidium Stuttgart (RPS) hat die Projektleitung bei der Fortschreibung der bestehenden Hochwassergefahrenkarten (HWGK) in Baden-Württemberg.

Grundlage für die Erstellung der HWGK sind digitale Geländemodelle, welche aus Laserscanbefliegungsdaten und terrestrischen Gewässerprofilvermessungen erstellt werden. Zur Sicherstellung eines einheitlichen Qualitätsstandards bei der Kartenerstellung ist eine landesweite zentrale Qualitätssicherung (QS) für terrestrische Vermessungsdaten erforderlich. Das RPS beabsichtigt in diesem Kontext die Vergabe folgender Leistungen im Rahmen der Qualitätssicherung für terrestrische Vermessungsdaten (QS-Vermessung):

Der zu beauftragende Dienstleister (nachfolgend: AN genannt) stimmt im Rahmen der gebietsweisen Fortschreibungen die Erfassung des Vermessungsbedarfs mit anderen Beteiligten ab, liefert daraus das Mengengerüst für die Vergabe von Vermessungsleistungen, koordiniert die laufenden Vermessungsarbeiten und überprüft anschließend die Ergebnisse der erbrachten Vermessungsleistungen. Dazu hat der AN bei der Fortschreibung des Datenformats GPRO und der Leistungsverzeichnisse (LV) Vermessung mitzuwirken, ebenso bei der Aufstellung der Vorgehensweise für Vermessungsleistungen. Auch kurzfristige Bedarfsvermessungen, welche über einen Rahmenvertrag mit einem Vermessungsdienstleister (Rahmenvertrag VM) durchgeführt werden, sind durch den AN zu initiieren bzw. abzuwickeln. Die Mitarbeit des AN innerhalb der fachlichen Projektleitung HWGK und die Beratung der Projektleitung zu Fragen der Vermessung ist erforderlich. Die Datenausgaben an Externe ist zu übernehmen, sofern dies durch die LUBW nicht möglich ist. Der AN ist für die Qualitätsprüfung der Vermessung zuständig. Unter anderem sind folgende Leistungen zu erbringen:

- Übernahme und Ermittlung des Bedarfs einer Vermessung;
- Vorbereitung und Mitwirkung bei Ausschreibungen;
- Einweisen der Vermesser inkl. der Kommunikation (u.a. Beantwortung von Fragen der Vermesser, Teilnahme an Ortsterminen);
- Entgegennahme der Vermessungsdaten;

- Prüfung der Vermessungsdaten, auch in Abstimmung mit anderen Akteuren, hier: Qualitätssicherung für das digitale Geländemodell (QS DGM), ggf. Anforderung von Korrekturen, Einarbeitung von Korrekturdaten in den Datensatz, Rückmeldung an QS DGM;
- Rechnungsprüfung Vermessung mit Bericht über Veränderungen;
- Abgabe fertiger Datensätze an QS DGM / LUBW;
- Erstellung einer Übersicht aller geplanten, laufenden und abgeschlossenen Vermessungsprojekte.

Hinweis zum Auftragswert:

Dem geschätzten Gesamtwert gem. Ziffer II.1.5 liegen Ableitungen aus der Vergangenheit zugrunde. Eine Projektion auf die Zukunft ist nur bedingt möglich. Es handelt sich um den Höchstwert (für 4 Jahre). Eine bestimmte Liefer-/Leistungsmenge wird vom Auftraggeber nicht zugesichert.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 340 000,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/09/2023 End: 30/08/2025

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Der Rahmenvertrag wird über 2 Jahre mit der Option auf Verlängerung von weiteren 2 Jahren geschlossen. Bei einer Laufzeit von 4 Jahren wird der EU-Schwellenwert ggf. überschritten.

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3 Maximum number: 4 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

II.2.9.1)

Teilnahmebedingungen.

Der Auftraggeber fordert nach § 42 (2) VgV nur die Bewerber zur Abgabe eines Angebotes auf, die nach den Bedingungen dieser Bekanntmachung ihre Eignung nachgewiesen haben und nicht ausgeschlossen worden sind. Der „Auswertungsbogen Teilnahmebedingungen“ kann von der in Ziff. I.3 gen. Vergabepattform heruntergeladen werden.

II.2.9.2)

Auswahlkriterien.

Der Auftraggeber begrenzt nach § 51 (2) VgV die Anzahl Bewerber, die gemäß Ziff. II.9.2.1 nicht ausgeschlossen worden sind und zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, nach den folgenden Auswahlkriterien mit zugehöriger Gewichtung in [...]:

- III.1.2.2 Spezif. Jahresumsatz in den letzten drei Jahren [15 Prozent];
- III.1.2.3 Anzahl Mitarbeiter für vglb. Leistungen [10 Prozent];
- III.1.2.4 Referenzen Unternehmen/Bewerber [20+15+10+10+10 = 65 Prozent];
- III.1.2.5 Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität [5 Prozent];
- III.1.2.6 Gesamteindruck der Bewerbung [5 Prozent].

Für diese Auswahlkriterien werden jeweils bis zu 5 Punkten vergeben und mit der genannten Wichtung gewertet. Nach dieser Wertung kann eine Punktzahl von bis zu 500 Punkten erreicht werden. Die Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zur Angebotsabgabe aufgefordert und qualifizieren sich als Teilnehmer für die Verhandlungsgespräche.

Bei Bewerbern mit gleicher Punktzahl entscheidet gem. § 75 (6) VgV das Los.
Der „Bewertungsbogen Auswahlkriterien“ kann von der in Ziff. I.3 gen. Vergabeplattform heruntergeladen werden.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Verlängerung Rahmenvereinbarung gemäß II.2.7.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Die o.g. Leistungen sind mit anderen HWGK-Beteiligten abzustimmen.

Fragen zum Verfahren sind ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

III.1.1.1)

Teilnahmeanträge.

TN-Anträge / Angebote sind mithilfe elektron. Mittel einzureichen, vgl. §§ 53 (1) und 10 VgV.
Gefordert: Einreichung elektronisch in Textform über die Vergabeplattform gem. Ziff. I.3. Die Unterzeichnung von Anträgen u. Dokumenten erfolgt durch den Eintrag des vollständigen Vor- u. Zunamens des Erstellers, bei Erfordernis zusätzlich durch Ergänzung der Unternehmensbezeichnung, z.B. zur eindeutigen Zuordnung bei Bietergemeinschaften. Die Personen, die zur Unterzeichnung des Antrags u. zur Vertretung des Bewerbers im Verfahren ermächtigt sind, sind in der Eigenerklärung (EE) gem. Ziff. III.1.1.3 u. durch ergänz. Informationen zur Berechtigung der Vertretung gem. Ziff. III.1.1.2 zu benennen.

Hinweis:

TN-Anträge sind explizit mit Anschreiben zu stellen; auf der o.g. Vergabeplattform sind hierzu Vorlagen eingestellt – alternativ ist die Verwend. formloser Anschreiben möglich.

III.1.1.2)

Registereintrag.

Vorlage eines akt. Nachweises über die Eintragung in einem Berufs- od. Handelsregister (HR), zum Zeitpunkt der Teilnahme nicht älter als 1 Jahr, od. Nachweis der erlaubten Berufsausübung auf and. Weise gem. § 44 (1) VgV.

Bei ausländ. Bewerbern durch eine Beschein. der zuständ. Behörde des Herkunftslandes, ggf. mit zugehöriger Übersetzung.

Bei Unternehmen, die nicht zur Eintragung in ein HR o.ä. verpflichtet sind, durch Eigenerklärung.

Aus dem Nachweis müssen die Rechtsform u. die Berechtigung der Person(en) für die rechtsgeschäftliche Unterzeichnung des Antrags u. der verlangten Erklärungen zweifelsfrei hervorgehen.

Im Fall einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft ein sep. Nachweis vorzulegen.

III.1.1.3)

Eigenerklärung (EE).

Eine EE ist verlangt, vgl. § 48 (1) VgV. Diese dient als vorläufiger Beleg des Nicht-Vorliegens von Ausschlussgründen.

Die EE ist mit dem vollständigen Vor- u. Zunamen des Erstellers zu versehen u. mit dem TN-Antrag über die Vergabeplattform elektronisch einzureichen (Datei/Ausdruck im pdf-Format).

Im Fall einer Biege ist die EE für jedes Mitglied einzeln vorzulegen (§ 47 (4) VgV).

Ergänzend zur EE werden weitere Belege zur Eignung verlangt, die in dieser Bekanntmachung genannt sind.

III.1.1.4)

Bewerber-/Bietergemeinschaften (Biege).

Biege sind zugelassen, wenn alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften u. ein geschäftsführendes Mitglied als bevollmächtigter Vertreter bestimmt ist, auch über die Auflösung der Biege hinaus (§§ 47 (3) und 53 (9) VgV). In diesem Fall ist mit dem TN-Antrag eine entsprechende von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterzeichnete Erklärung in eingescannter Form einzureichen.

III.1.1.5)

Unterauftrag (UA).

Bei beabsichtigter Vergabe eines UA wird mit dem TN-Antrag eine Erklärung des Bewerbers verlangt, welche Teile u. Anteile des Auftrags das Unternehmen beabsichtigt als UA zu vergeben (§ 46 (3) Nr. 10 VgV); vom beabsichtigten UA-Nehmer ist die EE gem. Ziff. III.1.1.3 sep. in elektron. Form vorzulegen (§ 47 (2) VgV).

III.1.1.6)

Verpflichtungserklärungen (VE).

VE gem. § 47 (1) VgV der Unternehmer, an die ein UA vergeben werden soll, werden von den Bewerbern verlangt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, und sind spätestens mit dem Angebot elektronisch vorzulegen.

III.1.1.7)

Originale.

Vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall sind die vorstehenden Nachweise u. Erklärungen auf Anforderung im Original vorzulegen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

III.1.2.1)

Berufshaftpflichtversicherung (BHV).

Nachweis nach § 45 (4) Nr. 2 VgV zur BHV mit Mindestdeckungssummen (MDS) wie unten genannt. Ersatzweise Bescheinigung einer Versicherung, dass im Auftragsfall der Abschluss einer BHV entsprechender Deckung zugesagt ist. Der Nachweis wird von den Bewerbern verlangt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, und ist spätestens mit dem Angebot vorzulegen. Im Fall einer Biege wird für jedes Mitglied der Gemeinschaft ein separater Nachweis gefordert. Vor einer Vergabe bzw. im Auftragsfall ist der Nachweis auf Anforderung im Original vorzulegen.

Geforderte MDS.

Für Personenschäden: 1.500.000 EUR.

Für sonstige Schäden: 250.000 EUR.

III.1.2.2)

Umsatz.

Erklärung nach § 45 (4) Nr. 4 VgV über den Gesamtumsatz und den spezifischen Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren; wird im Formular EE als Eigenerklärung abgefragt. Im Fall einer Biege ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft eine separate Erklärung vorzulegen.

III.1.2.3)

Personal/Beschäftigte.

Erklärung nach § 46 (3) Nr. 8 VgV, aus der die Zahl der Führungskräfte des Unternehmens und die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl insgesamt und der Beschäftigtenzahl im Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Jahren ersichtlich ist; wird im Formular EE als Eigenerklärung abgefragt. Im Fall einer Biege ist für jedes Mitglied der Gemeinschaft eine separate Erklärung vorzulegen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

III.1.3.1)

Schlüsselpersonal:

Erklärung nach § 43 (1) VgV zu dem für die Erbringung der Leistung vorgesehenen Personal mit Nennung der Funktion im Projekt (Projektleiter [PL], stellvertretender Projektleiter [SPL], ggf. Fachprojektleiter, fachliche Zuständigkeiten) und der Funktion beim Bewerber. Ergänzend werden für das verantwortliche Personal Angaben zur Berufsqualifikation verlangt; Ausbildungsnachweise sind erst mit dem Angebot verpflichtend vorzulegen.

III.1.3.2)

Referenzen des Bewerbers.

Nachweis geeigneter Referenzen des Bewerbers (Unternehmen) nach § 46 (3) Nr. 1 VgV über ausgeführte Leistungen, die unter Beachtung der weiter unten aufgeführten Mindeststandards ganz oder teilweise den anstehenden Aufgaben entsprechen.

Referenzen können entweder vom Bewerber selbst (bei Bewerbungsgemeinschaften: von mind. einem der Bewerber) oder von einem im aktuellen Verfahren benannten Nachunternehmer im Rahmen der Eignungsleihe (§ 47 VgV) erbracht werden.

Zu den Referenzen werden jeweils folgende Angaben gefordert, die obligatorisch im Formular „Eignungskriterien Bewerber“ anzugeben sind: Projektbezeichnung, Kosten der Maßnahme bzw. Honorar der Dienstleistung, Auftragnehmer, Auftraggeber mit Ansprechpartner u. Kontaktdaten, Ausführungsort, Objekttyp und -größe, erbrachte Leistungen bzw.

Leistungsphasen und Honorarzone(n) (soweit zutreffend), Zeitraum der Leistungserbringung (für abgeschlossene Leistungen/Leistungsphasen).

Unterschieden wird zwischen obligatorisch vorzulegenden Mindestreferenzen und weiteren, fakultativen Referenzen. Mindestreferenzen sind in besonderem Maße geeignet, das mit den anstehenden Aufgaben vergleichbare Leistungsspektrum des Bewerbers darzustellen und die Einhaltung der Mindeststandards für die Eignungskriterien nachzuweisen. Sie werden einer differenzierten Bewertung unterzogen. Hierzu können zusätzlich zu den geforderten Referenzangaben im „Formular Eignungskriterien“ beschreibende Darstellungen auf maximal zwei DIN-A4-Seiten eingereicht werden (Gestaltung freigestellt). Weitere Referenzen dienen der Vervollständigung zum Nachweis der Bewerber-Qualifikation.

Konkretisierende Anforderungen an die Referenzen (Anzahl, Umfang, Alter) sind unter der Rubrik Mindeststandards aufgeführt.

III.1.3.3)

Referenzen Schlüsselpersonal (Vorlage erst mit Angebot).

Nachweise geeigneter Referenzen des Schlüsselpersonals (Projektleiter, stellvertretender Projektleiter) nach § 46 (3) Nr. 1 VgV über ausgeführte Leistungen, die ganz oder teilweise den anstehenden Aufgaben entsprechen, werden erst mit der Abgabe des Angebotes gefordert und gewertet.

III.1.3.4)

Qualitätssicherung.

Erklärung des Bewerbers nach § 46 (3) Nr. 3 VgV zu den Maßnahmen zur Gewährleistung der Qualität seiner Leistungen im Hinblick auf Zufriedenheit des Auftraggebers, fachliche Korrektheit, Wirtschaftlichkeit, Termintreue, Flexibilität, Datenaustausch und Dokumentation (Eigenerklärung, ggf. ergänzend Bescheinigung einer Zertifizierungsstelle).

Minimum level(s) of standards possibly required:

Mind.-Standards zu Ziff. III.1.3.2 (Referenzen Bewerber):

Für die Wertung als geeignete Ref. gelten folg. Mind.-Standards, die aus den Ref.-Angaben des Bewerbers eindeutig hervorgehen müssen.

Allgemein.

a) Alter der Ref. zum Zeitpunkt der Bewerbungsfrist: Nicht älter als 10 Jahre.

b) Ref. können erbracht werden durch: Bewerber / Mitglieder der Bewerbergemeinschaft / im aktuellen Verfahren benannte Nachunternehmer (NU). Nur eigene Leistungen sind anzuführen, d.h. solche, die vom Bewerber od. von dessen im akt. Verfahren benannten NU erbracht wurden.

c) Mindestreferenzen sind zwingend nachzuweisen. Ein Fehlen kann zum Ausschluss vom weiteren Verfahren führen.

Spez. Anforderungen.

Erfahrungen in der Qualitätssicherung und Standardisierung der Gewässervermessung, im Speziellen entsprechend den nachfolgenden Anforderungen (1 Mindestreferenz, 4 Ref. optional, Wertungsschema gem. Dokument 203):

1).

Mindestreferenz für die Durchführung oder die fachliche Betreuung von Gewässervermessungen sowie die Abgabe der Daten in einem Datenbankformat.

Prüfkriterien: Anzahl der Profile.

2).

Ref. Projektsteuerung (Planung, Kostenkalkulation, Rechnungsprüfung, Zeitplanung etc.)

Prüfkriterien: Anrechenbare Kosten.

3).

Ref. Prüfung oder Erstellung von Vermessungsdaten im GPRO-Format oder vergleichbaren Gewässerprofildatenbanken.

Prüfkriterien: Erfüllung ja/nein.

4).

Ref. Erfahrungen in der Qualitätssicherung (Prüfung und Bereinigung) von Datenbanken mittels mehrstufigen automatisierten Prüfroutinen.

Prüfkriterien: Format, Vollständigkeit, Redundanz, Inhalt, Konsistenz.

5).

Ref. Projekt, in dem automatisiert georeferenzierte Karten/Blattschnitte (Lagepläne /Übersichtsplänen) mit einem geographischen Informationssystem erstellt wurden.

Prüfkriterien: Anzahl Karten/Blattschnitte.

Mind.-Standards zu Ziff. III.1.3.3 (Ref. Schlüsselpersonal):

PL u. SPL sind im TN-Wettbewerb zu benennen, Referenzen sind aber noch nicht einzureichen.

Als vorläufige Info für die Bieter werden nachsteh. Anforderungen an die PL-/SPL-Ref. benannt. Die Spezifizierung u. die Vorgabe der vorzulegenden Form erfolgen mit der

Angebotsaufforderung an die nach Ziff. II.2.9.2 ausgewählten Bewerber (Stufe 2 des Verfahrens).

1) Vom PL werden 2 bis 4 geeignete Ref. wie folgt erwartet:

Koordination / Projektleiter bei Projekten gem. den vorgen. Anforderungen f.d. Bewerber-Referenzen.

2) Vom SPL werden 2 bis 4 geeignete Ref. wie folgt erwartet:

Verantwortliche Position bei Projekten gem. den vorgen. Anforderungen f.d. Bewerber-Referenzen.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

III.2.1.1)

Für die Erbringung der Leistung des verantwortlichen Projektleiters wird eine Berufsqualifikation als Ingenieur, Architekt oder vergleichbar im Sinn der §§ 75 (1) und (2) VgV gefordert. § 75 (3) VgV gilt entsprechend. Ein Nachweis der Berufszulassung für die verantwortliche Person ist spätestens mit Angebotsabgabe vorzulegen (z.B. Diplomzeugnis, Eintrag in ein Berufsregister). Juristische Personen und Gesellschaften haben die Stellung der Person anzugeben, für welche ein Nachweis beigefügt ist, sowie eine Eigenerklärung zur Übernahme der inhaltlichen Projektführung durch diese Person, siehe auch Erklärung zum Personal gemäß Ziff.III.1.3.1. Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Erklärung für ein Mitglied beizufügen.

III.2.1.2)

Änderungen im Hinblick auf das vom Bewerber benannte Schlüsselpersonal (Projektleiter, Stellv. Projektleiter) und die Verteilung der Funktionen sind nach der Zuschlagserteilung nur mit Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Dies betrifft auch die Beauftragung anderer Nachunternehmer.

III.2.2. Contract performance conditions

III.2.2.1).

Erklärung zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt für öffentlichen Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG)

III.2.2.2).

Vertragsmuster mit allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

III.2.2.3).

Erklärung zu Russland-Sanktionen.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The procurement involves the establishment of a framework agreement
Framework agreement with a single operator

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 24/04/2023 Local time: 11:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 26/05/2023

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Duration in months: 3 (from the date stated for receipt of tender)

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

VI.3.0)

Alle ergänzend zu dieser Auftragsbekanntmachung zur Verfügung gestellten Unterlagen und weiteren Informationen zum Vergabeverfahren sind auf der in Ziff. I.3 genannten Vergabeplattform frei zugänglich und kostenlos als Download abrufbar. Die Unterlagen auf der Vergabeplattform werden hinsichtlich möglicher Fragen und weiterer Auskünfte zum Vergabeverfahren nach Bedarf fortlaufend ergänzt. Interessenten können sich auf der Vergabeplattform registrieren und werden dann automatisch über Ergänzungen/Änderungen informiert. Nicht registrierte Interessenten müssen sich auf der Vergabeplattform eigenständig über evtl. Änderungen informieren.

Das Vergabeplattform-Dokument mit der Nr. 110 zeigt eine Übersicht der zur Verfügung gestellten Unterlagen.

Weitere Angaben zu Ziff. VI.3) erfolgen (aus Platzgründen) auf der vorgenannten Vergabeplattform im Dokument „Ergänzende Informationen zur Bekanntmachung“. Das Dokument ist Bestandteil der Bekanntmachung.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany
E-mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telephone: +49 721926-8730
Fax: +49 721926-3985

VI.4.2. Body responsible for mediation procedures

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Town: Karlsruhe
Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Auf folgende Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) zu Anträgen für Nachprüfungsverfahren wird hingewiesen:

§ 160 GWB - Einleitung, Antrag.

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit...

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Town: Karlsruhe
Country: Germany

VI.5. Date of dispatch of this notice

21/03/2023